

Dialog fühlt sich anders an

Am 31. Mai stand Regierungsrat Kaspar Sutter in der Aula des Erlenmattschulhauses und versuchte, die richtigen Worte für die bevorstehende Eröffnung der Wohnmodulsiedlung für Flüchtlinge zu finden. Bis Mitte Mai war die Rede von Wohnmodulen zur Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine. Im Regierungsratsentscheid vom 16. Mai wurde kurzerhand bestimmt, die Belegung der Siedlung zu erweitern und eine Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Asylsuchende in den neu erstellten Gebäuden unterzubringen, sowie auch Geflüchtete aus anderen Herkunftsstaaten einzuquartieren.

NQV. Das Vorgehen begründet sich damit, dass ein Mangel an Plätzen für Geflüchtete vorliegt. Für die Grundwerte Menschlichkeit, Weltoffenheit und Multikulturalität steht der Neutrale Quartierverein Unteres Kleinbasel auch ein. Diese Aspekte sind mit ein Grund, warum wir damals nicht mit Einsprachen die Unterkunft bekämpft haben. Dennoch blieb nach der Präsentation ein schaler Nachgeschmack.

Geplant waren ursprünglich drei Unterkünfte (Riechen, Bäumlhof und Erlenmattplatz). Da die Anzahl der Geflüchteten aus der Ukraine abnahm, war nur noch ein Standort nötig und die Regierung entschied sich im Schnellverfahren für den Erlenmattplatz, da an den beiden anderen Standorten heftige Einsprachen und Widerstand der Bevölkerung entstanden.

Warum stösst das Vorhaben so auf?

Auf dem Erlenmattplatz war ursprünglich ein Ort für Jugendliche geplant, eine Trendsporthalle. Diese fand auf dem Hafengebiet ein erstes Provisorium, hätte aber im Projekt «Stadtterminal» auf dem Erlenmattplatz einen dau-



erhaften Standort finden sollen. Das «Stadtterminal» war zentrales Ergebnis des gesamten Partizipationsprozesses bei der Errichtung des Erlenmattquartiers. Im Juni 2021 entschied der Regierungsrat ohne Rücksprache mit der Bevölkerung dieses zentrale Element des Erlenmattquartiers zu streichen. Argumentiert wurde mit Kosten und dass sich das Provisorium im Hafen bewährt habe und dort bleiben soll. Dass es auch dort nur ein Provisorium darstellt, verschwieg die Regierung kurzerhand in seiner Medienmitteilung. Stattdessen wurde dem Quartier eine Zwischennutzung am Rande des Erlenmattplatzes zugestanden mit einer Ausstrahlung auf den ganzen Platz und Möglichkeiten für eine vielfältige Verwendung. Doch nur gerade ein Jahr später wurde die Errichtung der Wohnmodulsiedlung für Geflüchtete aus der Ukraine beschlossen und das Quartier vor Tatsachen gestellt. Der Platz wurde überbaut und die

Zwischennutzung fristet nun eingeeengt ein Mauerblümchen-Dasein. Die grosse und auch stark genutzte Fläche vom Erlenmattplatz, ist dem Quartier entzogen worden.

Als Kaspar Sutter an jenem heissen Maiabend um Worte rang, sprach er von einem gelungenen Dialog. Ein Dialog fühlt sich anders an! Was in den letzten zwei Jahren bezüglich dem Erlenmattplatz entschieden wurde, hat nichts mit Dialog zu tun. Das Quartier ist bereits heute das am dichtesten besiedelte Gebiet der ganzen Schweiz und leidet unter verschiedenen Problemen wie der Gewalt, der Drogenkriminalität und einem katastrophalen Klima, welches im Sommer zur Überhitzung führt.

Ist es glaubhaft, wenn Kaspar Sutter davon spricht, dass diese Wohnsiedlung für Geflüchtete aus allen Herkunftsländern ein Provisorium bleibt, wenn der Verwendungszweck innert 14 Tagen verändert werden kann und seit der ersten Präsentation vor einem Jahr die Laufzeit von drei auf fünf Jahren erhöht werden kann? Woher kommt Sutters Sicherheit bezüglich der weltpolitischen Lage, dass in fünf Jahren das Provisorium auch wirklich zurück gebaut wird



Die Containersiedlung steht. (Foto: zVg)

und der Platz dem Quartier zurückgegeben werden kann?

Das Untere Kleinbasel ist solidarisch, weltoffen, kreativ und bereit für Neues. Doch dies kein Freipass für Fehlplanung, verfehlte Kommunikation und Übergehen der ansässigen Bevölkerung sein. Es ist an der Zeit, die Regierung und die Verwaltung die Bedürfnisse des Unteren Kleinbasel ernst nimmt und Quartier Platz gibt, statt Platz nimmt.

Vorstoss von FDP-Grossrat Daniel Seiler

Das Kleinbasel droht vom Grossbasel abgeschnitten zu werden.

kbz. Mitte Mai kündigte die Regierung an, dass der Autoverkehr künftig nicht mehr durch den St. Alban-Graben und die Elisabethenstrasse in Richtung Bahnhof SBB rollen soll. Der gesamte Autoverkehr aus dem Kleinbasel soll also in Zukunft über den Aeschenplatz geführt werden. Also über den Platz, der heute schon regelmässig überlastet und verstopft ist – und deshalb für viele Menschen eine grosse Herausforderung darstellt. Zudem soll der Aeschenplatz ja bald umfassend und während längerer Zeit saniert und komplett umgestaltet werden.

Es ist zu befürchten, dass es während der Umgestaltung des Aeschenplatzes zu grossen Behinderungen für alle Verkehrsteilnehmer kommen wird. Gar muss während dem Umbau mit einer Sperrung der Strassen in Rich-



Wird die Wettsteinbrücke bald gesperrt? (Foto: Daniel Seiler)

tung Wettsteinbrücke und Kleinbasel gerechnet werden. Nach der Mittleren Brücke droht also

dem Kleinbasel eine weitere Brückenspernung für den Autoverkehr. Damit wird der Autoverkehr weiter behindert und die Kleinbasler müssen grosse Umwege in Kauf nehmen, um ins Grossbasel zu fahren.

Der ACS beider Basel hat gegen das Vorhaben bei der Regierung Rekurs eingelegt. Ein breit abgestützter Vorstoss von Daniel Seiler, Grossrat der FDP, fordert vom Regierungsrat, dass mit der Sperrung des St. Alban-Graben und der Elisabethenstrasse für Autos zumindest bis nach der erfolgten Umgestaltung des Aeschenplatzes zugewartet wird. Damit würde während der Umbau- und Sanierungsarbeiten am Aeschenplatz eine Verbindung vom und ins Kleinbasel sichergestellt und das Kleinbasel nicht vom Grossbasel abgeschnitten.

Historisches Stadthaus neu in privater Hand

sch. Der Kanton hat das historische Stadthaus an der Rheingasse 57 an eine private Käuferschaft verkauft und der Boden im recht abzugeben. In einer ersten Phase des zweistufigen Verkaufsprozesses interessierten sich Parteien für die Liegenschaft. In einer zweiten Phase gingen noch definitive Angebote ein. Die Käuferschaft konnte neben dem wirtschaftlichen Aspekt ein überzeugendes Nutzungskonzept für ein Wohnhaus und die Gewerbefläche sowie einen nachhaltigen Investitionsplan vorweisen. Zu den Bedingungen des Kantons gehörten unter anderem die Selbstnutzung der Wohnsitzpflicht in Basel-Stadt. Die Käuferschaft will das Wohnhaus mit Baujahr 1861 umfassend sanieren und als Mehrgenerationenhaus nutzen. Im Erdgeschoss soll der Quartierladen mit ökologischen Produkten Einzugs halten.